



## Medienmitteilung

Zürich, 9. Oktober 2025

### **WAK will die steigende Prämienlast mit neuen Steuerermässigungen lindern**

**Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt mit 8 zu 7 Stimmen, der «Stopp-Prämienschock-Initiative» einen Gegenvorschlag entgegenzustellen ([5992](#)). Neben dem Steuerabzug für Versicherungsprämien soll es neu Steuergutschriften geben. Die Volksinitiative lehnt die WAK ab. Eine Minderheit will die Volksinitiative annehmen, eine weitere auf den Gegenvorschlag verzichten.**

Mit der Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien» wird eine Anpassung des Steuerabzugs für Versicherungsprämien und Zinsen aus Sparkapitalien gefordert. Dessen Höchstbetrag soll nicht mehr anhand des Landesindex der Konsumentenpreise berechnet werden, sondern dem stärker steigenden Krankenversicherungsprämienindex folgen. Diese Forderung empfiehlt die Kommissionsmehrheit aus SP, GLP, Grünen, Mitte, EVP und AL nun zur Ablehnung. Sie kommt zum Schluss, dass das erklärte Ziel der Volksinitiative, den Mittelstand zu entlasten, verfehlt wird. Weil von Steuerabzügen insbesondere Menschen mit höheren Einkommen profitierten, würde die Massnahme am stärksten jene entlasten, welche sich die Prämien am besten leisten könnten. Bei Menschen mit tieferen und mittleren Einkommen seien hingegen nur geringfügige Entlastungen zu erwarten. Weiter macht die Mehrheit geltend, dass Kanton und Gemeinden Steuerausfälle in Millionenhöhe drohen würden.

Der Volksinitiative zustimmen will die Kommissionsminderheit aus FDP und SVP. Sie will, dass der Steuerabzug in Zukunft mit der Entwicklung der Krankenversicherungsprämien Schritt halten kann. So soll gerade die Belastung jener Menschen verringert werden, welche keinen Anspruch auf individuelle Prämienverbilligungen geltend machen dürfen. Tiefere Steuern führten zudem zu Mehrkonsum, was neue Steuererträge nach sich ziehen würde.

### **Gegenvorschlag zur Entlastung tiefer und mittlerer Einkommensschichten**

Die Mehrheit aus SP, GLP, Grünen, EVP und AL legt einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative vor. Sie will Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen von den steigenden Prämien besser entlasten. Deshalb soll es künftig neben dem Steuerabzug auch eine Steuerermässigung geben, welche unabhängig von der Höhe des steuerbaren Einkommens ist. Im Gegenzug wird der Höchstbeitrag beim Versicherungsabzug nach unten angepasst. Die genaue Berechnung soll den Finanzierungsschlüssel der Gesundheitssystemreform EFAS berücksichtigen und sicherstellen, dass die Umstellung ohne Mehrbelastungen für das Budget erfolgt.

Eine Minderheit aus SVP, FDP und Mitte will den Systemwechsel ablehnen. Ein Teil der Minderheit will am Ansatz der Volksinitiative festhalten und namentlich Menschen ohne Anspruch auf Prämienverbilligung stärker entlasten. Für einen anderen Teil der Minderheit stellen weder die Volksinitiative noch der Gegenvorschlag eine Lösung für die steigenden Gesundheitskosten dar.

### *Kontakt:*

Kommissionspräsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil, 079 640 10 28)

Kommissionsminderheit Annahme der Volksinitiative und Ablehnung des Gegenvorschlages:  
Paul Mayer (SVP, Marthalen, 078 750 30 74)